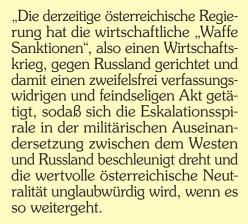
## NEIN zu den EU-SANKTIONEN gegen Russland!

# Österreichs Kriegsteilnahme BEENDEN!

### NEUTRALITÄT erhalten!

Unterschriftenliste umseitig und auf www.1984.at



Die Folgen der verfehlten Sanktionspolitik erleben wir in Österreich in besonders bedrohlicher Deutlichkeit, man denke nur an die Energieversorgung. Ein Staat, der in einem Krieg Zwangsmaßnahmen (Sanktionen) gegen eine Streitpartei verhängt, macht sich selbst zur Kriegspartei. Österreich ist somit als EU-Sanktionsmitläufer ein Kriegsgegner Russlands geworden, obwohl beide Länder jahrzehntelang in einer freundschaftlichen und verlässlichen Partnerschaft verbunden waren. Alle im Ukraine-Krieg verhängten Sanktionen verstoßen sowohl gegen unsere Verfassung als immerwährend neutraler Staat als auch gegen die UNO-Charta. Kein Staat darf ohne Zustimmung der UNO Sanktionen verhängen."

So heißt es in einem Aufruf von "Neutrales Freies Österreich" NFÖ für eine parlamentarische Bürgerinitiative mit dem Titel "Stoppt die Sanktionen gegen Russland". Diese wichtige Basisaktion wird auch von der "Initiative Heimat & Umwelt" IHU unterstützt und mitgetragen. Wir wollen alles daran setzen, daß das offizielle Österreich sich wieder zur immerwähren-



den NEUTRALITÄT bekennt. Dazu müssen möglichst viele Bürger in Österreich ihre Stimme gegen die Sanktionen erheben. Nutzen Sie bitte dafür so rasch wie möglich das umseitige Unterschriftenformular und tragen Sie zur Verbreitung bei.

Auch rund neuntausend (!) Unternehmer verlangen in einem Offenen Brief u.a. "Die sofortige Rückkehr der österreichischen Politik zur Neutralität, die sofortige Einstellung aller ausländischen Waffentransporte durch österreichisches Staatsgebiet, und die Aussetzung sämtlicher Sanktionen gegen Russland."

Siehe https://einheit.at/blog/9-punkteforderung-an-die-bundesregierungund-wirtschaftskammer/

#### Protest gegen schwarz-grüne "Absichtserklärung", dem NATO-"Sky Shield" für Europa beitreten zu wollen.

"Sky Shield ist ein NATO-Projekt, das von den USA gesteuert wird. Der Beitritt würde einen NATO-Beitritt durch die "Nebentür" bedeuten. Das verletzt eindeutig unsere verfassungsgesetzlich verankerte immerwährende Neutralität. Wir würden dadurch automatisch "Feindstaat" mit allen Konsequenzen. Sollte es zu einer raketengestützten atomaren Auseinandersetzung kommen, dann werden wir als eines der östlichen Länder von abgeschossenen Atomraketen vornehmlich betroffen sein. Dies bedeutet eine breitflächige Verseuchung unseres Landes. Dies dürfen wir keinesfalls riskieren! Mit einem Einsatz bestimmter Waffensysteme in Österreich würde die gegenwärtige Regierung den Staatsvertrag verletzen, die rechtliche Grundlage unseres Staates."

Prof. Dipl.Ing. Dr. Heinrich WOHL-

**MEYER**, international erfahrener Agrar- und Industriemanager, Autor der Sachbücher "Globales Schafe scheren" und "Empörung in Europa".

"Die Glaubwürdigkeit der Neutralitätspolitik Österreichs wurde erheblich vermindert, seitdem sich die österreichische Regierung im aktuellen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, trotz offener faktischer Kriegsbeteiligung der NATO im Sinne ihrer wirtschaftlichen und militärischen Interessen, nicht nur einseitig der Sprachregelung der NATO unterworfen hat, sondern sich auch den westlichen' Sanktionen anschließt, Kriegsmaterial durch das Land und im Luftraum über dem Staatsgebiet ziehen lässt und wenn Österreich zwar nicht selbst Waffen liefert, aber Geldspenden locker macht, die für Waffenkäufe einzusetzen der Ukraine ein Leichtes ist etc.etc. Eine Gefährdung der österreichischen Sicherheit entsteht tatsächlich - und zwar durch die Unterlassung der neutralitätspolitischen Pflicht zur Vermittlung zwischen den Kriegsparteien im Ukraine-Krieg. Doch diesem Sicherheitsrisiko kann Österreich nur Herr werden, wenn man endlich begreift, daß ein dauernd neutraler Staat keine der beiden Kriegsparteien (ne uter = keinen von beiden!) besser oder schlechter zu behandeln hat. Dann und nur dann ist die Neutralitätspolitik glaubwürdig und besteht die Chance der dem neutralen Staat aufgetragenen Vermittlerrolle zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens."

Dr. **Erwin BADER**, Univ.Prof. für Sozialphilosophie i.R., langjähriger Vorsitzender des "Universitätszentrums für Friedensforschung" an der Universität Wien.

#### Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

### STOPPT DIE SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND

Eine Beteiligung am Wirtschaftskrieg gegen Russland mit der Waffe "Sanktionen" ist strikt abzulehnen. Österreichs Neutralität verbietet eine Parteinahme für oder gegen ein Land, das sich im Krieg oder in einem militärischen Konflikt befindet. Wir fordern eine sofortige Beendigung der Sanktionen gegen Russland. Die österreichische Politik muss einen Weg finden, um aus dieser für unser Land äußerst schädlichen Sanktionsspirale herauszukommen.

| Titel,<br>Vor- und Zuname | Geburtsdatum<br>unbedingt ausfüllen | Datum<br>der Unterschrift | Unterschrift |
|---------------------------|-------------------------------------|---------------------------|--------------|
|                           |                                     |                           |              |
|                           |                                     |                           |              |
|                           |                                     |                           |              |
|                           |                                     |                           |              |
|                           |                                     |                           |              |
|                           |                                     |                           |              |

Alle Unterstützer-Unterschriften für die Forderung "Stoppt die Sanktionen gegen Russland!" werden so rasch wie möglich in der keiner Partei zugehörigen Parlamentsdirektion eingereicht.

Bitte ausgefüllte Original-Unterschriftsbögen (auch wenn nur teilweise ausgefüllt) einsenden an: "Initiative Heimat & Umwelt", 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5. Bei evtl. Rückfragen: 02242/70516 oder 0664/489 37 97, E-mail: ihu@a1.net

Für online-Weiterverbreitung der "Parlamentarischen Bürgerinitiative" siehe www.heimat-und-umwelt.at

Weiterführende Informationen: https://rb.gy/0trrx (Vortrag Prof. Dr. Michael Geistlinger) und rb.gy/qxple (Vortrag Wolfgang Effenberger) sowie generell: anderweltonline.com, anti-spiegel.ru, aufl.tv, regionaltv.at, exxpress.at